

Empirische Forschungen zum Rauschmittelkonsum in der Bundesrepublik – Ergebnisse einer Projektdokumentation

1. Einleitung

Der Rauschmittelkonsum Jugendlicher stellt in der Bundesrepublik ein relativ neuartiges, im wesentlichen erst seit Ende der 60er Jahre massenhaft auftretendes Phänomen dar. Demgemäß stieg mit der Zunahme des Rauschmittelkonsums und seiner Definition als soziales Problem das Bedürfnis nach Klärung der Ist-Situation und Deutung des Phänomens an. Es kam zu einer breiten Literaturflut und einer raschen Expansion der Forschungstätigkeit. Diese Forschungstätigkeit soll im folgenden im Rahmen einer kritischen Bestandsaufnahme kurz dargestellt werden. Dabei beschränken wir uns auf Projekte, die sich mit der Frage der Verbreitung, Verursachung und sozialen Definition des Rauschmittelphänomens befassen. Untersuchungen über pharmakologische Wirkungen oder medizinische Folgen des Rauschmittelkonsums lassen wir aus der Betrachtung heraus.

Grundlage der Bestandsaufnahme ist eine Projektdokumentation, welche auf einer Sichtung der empirischen Forschung zum Rauschmittelkonsum in der BRD (einschl. West-Berlin) basiert. Erfasst wurden Projekte, die in der Zeit zwischen 1967 und 1976 begonnen wurden. Bei der Sichtung des Materials wurde jede ausgewertete Datensammlung als Untersuchung verstanden. Eigens zu Forschungszwecken durchgeführte Untersuchungen gehören somit ebenso dazu wie nachträgliche Auswertungen vorliegender Dateien (z. B. von Drogenberatungsstellen). Jede Erhebung mit abgrenzbarer Population wurde als Einzelprojekt gewertet. Dies bedeutet, daß z. B. ein Forschungsauftrag, der aus einer Befragung von Jugendlichen und einer Befragung von Lehrern besteht, in zwei getrennt gezählte Projekte zerlegt wird. Berücksichtigt wurden nur Untersuchungen, die Personen oder Organisationen als Einheiten der Analyse führen. Inhaltsanalysen von Massenmedien ließen wir aus der Übersicht heraus.¹

2. Untersuchungspopulation und Disziplin des Forschers

Für die Zeit zwischen 1967 und 1976 lassen sich mindestens 214 Untersuchungen zur Thematik des Rauschmittelkonsums feststellen. In nicht mehr als der Hälfte der Fälle liegen davon Publikationen in Buch- oder Zeitschriftenform vor, der Rest hat allenfalls zu »grauer« Literatur geführt (unveröffentlichte und vervielfältigte Manuskripte, Diplomarbeiten, Dissertationen, Presseberichte von Institutionen). In der überwiegenden Mehrzahl der Untersuchungen (rund 90%) steht das Phänomen des Rauschmittelkonsums im Mittelpunkt der Erhebung. Die Art der untersuchten Population reicht dabei von der Erfassung einer repräsentativen bundesweiten, regionalen oder lokalen Stichprobe der Bevölkerung oder von Untergruppen bis hin zur Befragung von Personen, die in offizieller Funktion mit Rauschmittelkonsumenten zusammentreffen. Studien der ersten Art, in denen ein breiterer Kreis als ausschließlich Rauschmittelkon-

sumenten angesprochen wird und es in der Regel entweder um die Einstellung zum Rauschmittelkonsum oder dessen Verbreitung in der Population geht, machen in diesem Zusammenhang fast die Hälfte der Projekte aus (47%). Studien an Rauschmittelkonsumenten aus der Drogenszene oder Institutionen nehmen einen Anteil von 34% ein, Projekte, die sich mit Personen in offiziellen Funktionen befassen (Ärzte, Lehrer etc.) rund 15% und Projekte sonstiger Art 4%.

Ein Großteil der Untersuchungen (ca. 67%) wurde durch Wissenschaftler (Forscher mit Hochschulabschluß) durchgeführt. Der Rest teilt sich hauptsächlich auf Erhebungen auf, die entweder direkt durch Behörden und Institutionen oder in ihrem Auftrag durch Markt- und Meinungsforschungsinstitute vorgenommen wurden. Innerhalb der Wissenschaft haben sich am ehesten die Disziplinen der Rauschmittelforschung bemächtigt, welche es traditionell mit der Behandlung von Drogenkonsumenten zu tun hatten und relativ einseitigen, individual-psychologisch orientierten Erklärungsansätzen für Rauschmittelkonsum zuneigen (Mediziner und Psychiater, z. T. Psychologen). Sozialwissenschaftler, von denen kraft Ausbildung und Art des zu erklärenden Phänomens noch am ehesten ein größerer Beitrag erwartet werden könnte, nehmen demgegenüber eine untergeordnete Plazierung ein. So stehen unter den von einzelnen Wissenschaftlern durchgeführten Projekten die Mediziner mit 42% an erster Stelle, gefolgt von den Psychologen mit 30%, den Soziologen mit 16%, den Pädagogen (Lehrer und Lehramtsanwärter) mit 9% und den Juristen mit 4%.

Warum Soziologen oder auch Psychologen seltener als Mediziner Interesse für das Phänomen des Rauschmittelkonsums entwickeln, ist schwer zu beantworten. Möglicherweise ist hier das internalisierte Stereotyp der medizinischen Kompetenz entscheidend: Rauschmittelkonsum und Suchtverhalten liegt – traditionell gesehen – assoziativ dicht beieinander und die Analyse und Therapie von Suchtverhalten ist nun einmal bislang eine Domäne der Mediziner gewesen. Vielleicht finden sich deshalb in den Untersuchungen der Soziologen (aber auch in den Untersuchungen anderer Fachvertreter) relativ häufig Fragestellungen, die dem medizinisch-psychiatrischen Gedankengut entlehnt sind. Es scheint somit, als würden in der Erforschung des Rauschmittelphänomens in vielen Fällen die Mediziner und nicht die Angehörigen der eigenen Wissenschaftsdisziplin die relevante Bezugsgruppe darstellen. Es ist daher auch nicht sehr verwunderlich, daß Nichtmediziner in überaus häufigem Maß eine medizinische oder medizinisch-psychologische Zeitschrift als Publikationsorgan wählen und nicht etwa eine Zeitschrift der eigenen Disziplin.

3. Defizite der Forschung

Von der Qualität der Untersuchung her sind die 214 Forschungsprojekte außerordentlich unterschiedlich. In vielen Fällen handelt es sich um kleinere Untersuchungen mit nur bedingt aussagefähiger Population und methodisch problematischer Datenerhebung. In einigen Fällen ist die Fallzahl zwar außergewöhnlich groß, eine systematische Auswahl unter Gesichtspunkten der Repräsentativität jedoch nicht gegeben. Dabei wird nicht selten der Irrglaube vorgetragen, man könne die mangelnde Repräsentativität durch eine hohe Fallzahl ausgleichen. Mitunter wird im Fall von Untersuchungen, die von Sozialarbeitern oder Behörden durchgeführt wurden, auch die Meinung vertreten, bei der Untersuchung würde es sich primär um eine Untersuchung für praktische Zwecke handeln, der Aspekt der Wissenschaftlichkeit wäre daher weniger wichtig. Übersehen wird bei diesem Argument, daß auch eine auf praktische Zwecke hin orientierte Untersuchung nur in dem Maße brauchbar ist, wie sie elementaren Regeln wissenschaftlicher Vorgehensweise entspricht.

Als weiteres Defizit zeigt sich: die Auswahl der Untersuchungspopulation ist oft mehr am Kriterium der leichten Zugangsmöglichkeit ausgerichtet als am Kriterium einer

theoretisch sinnvollen Auswahl. So ist beispielsweise bemerkenswert, daß Mediziner überproportional häufig auf Populationen aus Kliniken zurückgreifen – auch dann, wenn sie zu Aussagen über den Drogenkonsum allgemein und nicht etwa lediglich über die eigene Klientel gelangen wollen. Zudem bleibt vielfach undiskutiert und ungeklärt, inwieweit die bei der Untersuchungspopulation beobachteten Merkmale für den Rauschmittelkonsum spezifisch sind oder etwa nur den Eintritt in die jeweilige Institution erklären. So wäre etwa denkbar – und aufgrund einiger Untersuchungen auch nicht unwahrscheinlich –, daß Rauschmittelkonsumenten in Beratungsstellen und Kliniken deshalb so häufig individuelle Problemkonstellationen aufweisen, weil das Vorhandensein derartiger Probleme zum Aufsuchen entsprechender Institutionen prädisponiert und nicht weil diese Probleme an sich zum Rauschmittelkonsum führen. Nicht das Vorhandensein einer selektierten Population ist folglich das Problem, sondern die unangemessene Interpretation und Generalisierung der an ihr gewonnenen empirischen Erkenntnisse.

Defizitär ist schließlich auch die Analyse der Befunde. Zu häufig begnügt man sich bei der Darstellung von Ergebnissen mit einer einfachen Beschreibung. Eine angemessene Überprüfung der (meist mehr impliziten als expliziten) theoretischen Annahmen findet nicht statt. Darüber hinaus wirken oft die traditionellen Stereotypen über die Ursachen des Rauschmittelkonsums auf die Interpretation der Befunde ein und verstellen den Blick für alternative Erklärungen. Dominierend ist nach wie vor ein medizinisch-psychiatrischer Ansatz, der Drogenkonsum primär als Symptom einer Krankheit begreift, als Ausdruck psychischen Leidens und als Flucht aus der Realität. Dabei wird häufig übersehen, daß verschiedene Phänomene – wie etwa das einer gestörten Beziehung zu Elternhaus oder Schule – nicht notwendigerweise als Zeichen von Frustrationen gesehen werden müssen.² Ofters findet sich auch eine selektive Perzeption und Interpretation von Befunden, welche im Gegensatz zu herkömmlichen Erwartungen des medizinisch-psychiatrischen Ansatzes stehen. So wird beispielsweise die Tatsache, daß Rauschmittelkonsumenten im allgemeinen nicht etwa weniger, sondern mehr Freunde und Bekannte als Nichtkonsumenten haben, vielfach schlichtweg übersehen, nicht diskutiert oder in mitunter geradezu abenteuerlicher Weise als Bestätigung des pathologisierenden Erklärungsansatzes umgedeutet.

Quantität, so zeigt sich auch im Bereich der Rauschmittelforschung einmal wieder, ist eben nicht Qualität. Ginge es allein um hochgesteckte qualitative Maßstäbe, so würde die Zahl der Untersuchungen auf einen recht kleinen Wert schrumpfen.³ Eine Einnengung auf qualitativ hochstehende Untersuchungen schien aus verschiedenen Gründen für unsere Projektdokumentation jedoch nicht sinnvoll: nicht zuletzt, weil auch mangelhafte Studien – in Untersuchungsdesign oder Interpretation – unter Umständen in bestehende Erkenntniszusammenhänge integriert werden können; nämlich dann, wenn eine angemessene Neuinterpretation der Befunde vorgenommen wird. Soviel jedenfalls ist sicher: im Bereich der Rauschmittelforschung geht es nunmehr nicht mehr so sehr um quantitativ mehr, sondern in erster Linie um qualitativ bessere Studien. Eine Ausnahme bildet allenfalls die Analyse des harten Drogenkonsums: hier mangelt es gegenwärtig noch sehr an Informationen von z. T. recht grundlegender Art.

Quantität, so zeigt sich weiterhin, ist auch kein Garant für kontinuierliche oder vergleichende Forschung. Allzu oft unterscheiden sich die Untersuchungen in zentralen Merkmalen der erfaßten Population oder in den Kriterien, gemäß denen Konzepte operationalisiert werden. So wird die Schichtzugehörigkeit beispielsweise in verschiedenen Studien häufig unterschiedlich gemessen oder die Konsumenten in unterschiedlich geartete Konsumentengruppen unterteilt. Ein Vergleich der Studien ist deshalb in der Regel nur begrenzt möglich. Trend- und Längsschnittstudien, die das Phänomen entweder in einer Population oder auf der Ebene der gleichen Individuen über verschiedene Zeitpunkte hinweg verfolgen, existieren kaum. Damit wird dem Phänomen sozialen Wandels sowohl auf der gesamtgesellschaftlichen als auch individuellen Ebene zu wenig Rechnung getragen.

4. Nutzung bereits vorhandenen Materials

Auffällig selten wird von dem bei Drogenberatungsstellen anfallenden Material über das Klientel Gebrauch gemacht. Wenn es bei Drogenberatungsstellen – in der Regel in Form von Jahresberichten – überhaupt zu einer Auswertung des Materials kommt, dann zumeist nur in einer recht groben Weise: man beschränkt sich bei einer Auszählung auf grundlegende demographische Merkmale und gegebenenfalls auch auf die Art der eingenommenen Droge. Nähere Aufschlüsselungen der vorhandenen Informationen nach Konsumententypus oder sozialen Merkmalen finden sich praktisch nicht. Lieber begnügt man sich mit einer Darstellung allgemeiner Eindrücke – z. B. über Veränderungen im Zeitraum zwischen Erstkonsum und erstem Fixen oder die Schichtzugehörigkeit der Konsumenten – statt Vermutungen anhand des vorhandenen Materials auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen.

Ursache dieser Unterauswertung vorhandenen Materials ist offensichtlich zum einen, daß die in den Drogenberatungsstellen dominierenden Sozialarbeiter für die systematische Auswertung von Dateien schlecht ausgebildet sind. Wahrscheinlich weitaus wichtiger dürfte jedoch sein, daß Sozialarbeiter an einer generalisierenden Auswertung empirischen Materials auch wenig interessiert sind: sie sind stärker am Einzelfall orientiert und sehen den Sinn von systematischen Auswertungen nicht ein. Als zusätzliche Ursache dürfte zum anderen hinzukommen, daß Forschern von außerhalb der Institution der Zugang zu den Originaldaten hier und da verwehrt wird. Dies mag zum einen einen Grund in der (durchaus berechtigten) Sorge haben, daß allein schon das Gerücht, Informationen über Klienten würden nach außen gehen, das Vertrauensverhältnis zu den Klienten beeinträchtigt. In einigen Fällen, in denen Forschern der Zugang zum Material verwehrt wird, dürfte mitunter auch eine – durch Rechtfertigungstechniken kaschierte – Wissenschaftsfeindlichkeit den wahren Grund der Ablehnung darstellen. Bedenkt man, wie wenig Informationen über bestimmte Konsumententypen (wie z. B. Fixer) vorhanden sind, wie gering die Chance des Zugangs zu ihnen ist und wieviel hinreichend brauchbares Material in Drogenberatungsstellen dazu existiert, so muß die bisherige Form der Datennutzung in Drogenberatungsstellen als ärgerlich und dringend revisionsbedürftig angesehen werden.

5. Forschungsaktivität und öffentliches Problembewußtsein

Die Forschungstätigkeit scheint eng mit der öffentlichen Definition des Phänomens als soziales Problem zusammenhängen. Nimmt man die Zahl der Artikel zum Rauschmittelkonsum in Tageszeitungen und Nachrichtenmagazinen als Indikator für öffentliches Problembewußtsein und setzt sie mit der Zahl begonnener Forschungsprojekte auf jährlicher Basis in Beziehung, so ergibt sich eine annähernde Identität der Entwicklungsrichtungen.⁴ Dabei scheint es relativ gleichgültig zu sein, ob es sich hier um finanzierte oder nichtfinanzierte Forschung handelt, auch im Fall nichtfinanzierter Forschung bleibt der Bezug zwischen Forschungsaktivität und öffentlichem Problembewußtsein bestehen. Die vorgefundene Beziehung ist mithin keine Folge verstärkter Ressourcenzuweisung durch öffentliche Instanzen, sondern primär Folge übernommener Problemdefinitionen. Dieser Befund dürfte nicht für die Rauschmittelforschung spezifisch sein, auch im Fall anderer sozialer Probleme kann man von einer ähnlichen Einwirkung der öffentlichen Problemdefinition auf das Forschungshandeln ausgehen.⁵ Die Tatsache, daß Forschung eng mit der allgemeinen Problemdefinition zusammenhängt, mag zunächst als Vorteil angesehen werden, geht es doch darum, Antworten auf praktische, aktuelle Probleme zu liefern. Bei näherer Betrachtung indes erweist sich die Beziehung zwischen Forschung und Problemdefinition als nicht unproblematisch: da

das öffentliche Interesse in den Medien am Rauschmittelkonsum (ebenso wie an anderen sozialen Problemen) nur zum Teil von der *realen* Entwicklung abhängt, bedeutet dies: Forschungstätigkeit und Problementwicklung müssen nicht notwendigerweise in Beziehung stehen. Dabei gilt insbesondere: (1) die Forschung setzt u. U. zu spät ein. Sie hinkt hinter der tatsächlichen Entwicklung her, da sich das öffentliche Interesse am Phänomen erst mit einem gewissen Zeitverzögerungseffekt einstellt. Dies ist beispielsweise in der Rauschmittelforschung der BRD der Fall gewesen. (2) die Forschungstätigkeit nimmt zu früh ab. Das Forschungsinteresse sinkt mit abnehmender öffentlicher Problemdefinition (welche von der realen Entwicklung teilweise unabhängig ist) und führt dazu, daß kontinuierliche Forschung, insbesondere auf Trendbasis, unwahrscheinlich wird.

6. Notwendigkeit gesellschaftlicher »Dauerbeobachtung«

Konsequenzen zur Vermeidung der Abhängigkeit der Forschung von »Problemmodenzyklen« wären – kurz skizziert – u. a. die Institutionalisierung kontinuierlicher Beobachtung von Phänomenen im Bereich abweichenden Verhaltens und sozialer Probleme. Diese »Dauerbeobachtung« würde es besser als die sporadische Forschung erlauben, der Realität sozialen Wandels und den Möglichkeiten seiner Analyse gerecht zu werden. Dabei wären zum einen kontinuierlich durchgeführte Umfragen von großer Wichtigkeit: sie würden es ermöglichen, Trends in der Inzidenz und Symptomatik bestimmter Phänomene zu erfassen. Sie würden es zugleich erlauben, relativ kurzfristig neue Fragestellungen einzubringen und diese mit den anderen, bislang schon gemessenen Fragestellungen in Beziehung zu setzen. Umfragen eignen sich in der Regel deshalb so sehr dafür, weil sie das jeweils interessierende Phänomen durch keine Institution gefiltert und mit hinreichend großer Zuverlässigkeit erfassen. Von Institutionen gesammelte Daten – etwa über die Polizeiauffälligkeit von Jugendlichen im Zusammenhang mit Rauschmitteln oder Alkohol – sagen oft mehr über das Verhalten von Institutionen als das Verhalten der jeweils interessierenden Bevölkerungsgruppe aus. Kontinuierliche Untersuchungen auf Umfragebasis würden zugleich »antizipatorische« Forschung ermöglichen. »Antizipatorische« Forschung zielt auf mögliche Ereignisse der Zukunft, wobei jeweils von bereits vorliegenden Anzeichen ausgegangen wird.⁶ So entwickelte sich der Drogenkonsum Jugendlicher in der Bundesrepublik beispielsweise nachdem sich ähnliche Entwicklungen bereits in den USA vollzogen hatten und es aufgrund vergangener Erfahrungen nicht unwahrscheinlich schien, daß eine ähnliche Entwicklung auch in Europa einsetzen würde.

Trotz der Vorteile, die Umfragedaten gegenüber institutionell gewonnenen Daten bieten, kann – auch zum Zweck der Dauerbeobachtung gesellschaftlicher Trends – auf eine Verwendung institutionell gewonnener Daten gleichwohl nicht verzichtet werden, wo es um Aussagen über Problemgruppen geht. Dies gilt insbesondere dort, wo die Devianz oder das soziale Problem zahlenmäßig derart selten auftritt, daß mit Hilfe der Umfrageforschung nähere Erkenntnisse kaum zu gewinnen sind. Dies gilt weiterhin dort, wo der Zugang mit Hilfe der Umfrageforschung beschränkt ist. Gilt die Chance zudem als groß, daß zwischen dem Devianten und spezifischen Institutionen die Chance des Kontakts hoch ist (wie etwa bei Fixern, nicht aber bei Konsumenten weicher Drogen), so ist die kontinuierliche Auswertung institutionell gewonnener Daten vielfach nicht nur methodisch die einzig mögliche, sondern oft auch eine durchaus brauchbare Lösung.⁷

Davon abgesehen lassen sich institutionell gewonnene Daten häufig auch unter dem Blickwinkel der Interaktion zwischen Devianten und Institutionen sowie dem Blickwinkel institutionalisierter Reaktion deuten – so etwa, wenn die Gründe zur Aufnahme der Therapie in der jeweiligen Institution erfaßt werden oder die Verurteilungspraxis

von Gerichten. Würde man auf diese Art von Informationen über Institutionen verzichten, so liefe man Gefahr, dem Systembezug abweichenden Verhaltens zu wenig Rechnung zu tragen: der Deviante steht schliesslich Akteuren und Instanzen gegenüber, die auf sein Handeln reagieren und es so mitbeeinflussen. Die Nützlichkeit gesellschaftlicher Dauerbeobachtung im Bereich sozialer Probleme erstreckt sich mithin sowohl auf das Phänomen der Abweichung selbst als auch auf die Akteure und Instanzen, die therapeutisch oder repressiv auf das Phänomen einzuwirken trachten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. K. H. Reuband, Untersuchungen zum Rauschmittelkonsum. Eine bibliographische Übersicht. Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren, Hamm 1977. Da die Dokumentation in der Zukunft ergänzt und weiter ausgewertet werden soll, wären wir für Hinweise auf abgeschlossene oder laufende und in der Dokumentation nicht erfasste Erhebungen und Publikationen dankbar. Anschrift des Verfassers: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln, Bachemer Str. 40, 5000 Köln 41.
- 2 Vgl. K. H. Reuband, Normative Entfremdung als Devianzpotential, in: K. H. Reuband, Hrsg., Rauschmittelkonsum. Soziale Abweichung und institutionelle Reaktion. Wiesbaden 1976, S. 17-40.
- 3 Die Erforschung des Rauschmittelkonsums ähnelt damit der Erforschung des Phänomens in anderen Ländern. Auch dort lassen sich ähnliche Probleme nachweisen, vgl. C. Fazy, The aetiology of psychoactive substance abuse. UNESCO, Paris 1977. Zur Kritik an deutschen Untersuchungen vgl. auch J. Schenk, Drogen und Gesellschaft. München 1975.
- 4 Korreliert man die jährliche Zahl der Artikel und Meldungen zum Rauschmittelkonsum in den bundesweiten »Elitemedien« »Frankfurter Allgemeine Zeitung« und »Der Spiegel« sowie lokalen Tageszeitungen (im vorliegenden Fall »Kölner Stadtanzeiger« und »Express«) mit der Zahl neu begonnener Forschungsprojekte, so läßt sich für den Zeitraum zwischen 1967 und 1975 eine multiple Korrelation von $r = .96$ nachweisen.
- 5 Ähnliches vermutet z. B. auch G. Albrecht bezüglich der Obdachlosenforschung in der Bundesrepublik, vgl. G. Albrecht: Phänomenologie und Theorie der Nichtseßhaftigkeit. Konsequenzen für die Nichtseßhaftenthilfe, in: Kriminologisches Journal, 10, 1978, S. 21. Zu einer vergleichbaren Beurteilung der Forschung über soziale Probleme in den USA vgl. auch A. M. Rose: History and sociology of the study of social problems, in: E. O. Smigel, Hrsg., Handbook on the study of social problems. Chicago 1971, S. 14 f.
- 6 Vgl. hierzu im einzelnen A. D. Biderman, Anticipatory studies and stand-by-research capabilities, in: R. A. Bauer, Hrsg., Social indicators. Cambridge und London 1966, S. 272-301.
- 7 Vgl. z. B. die Diskussion und Verwendung institutionell gewonnener Daten bei K. H. Reuband, Drogengebrauch und soziale Merkmale von Fixern in der Bundesrepublik, in: Neue Praxis, Heft 1, 1979. Zum Thema gesellschaftlicher »Dauerbeobachtung« allgemein vgl. W. Zapf, Sozialberichterstattung. Möglichkeiten und Probleme. Göttingen 1976.